WDGA
Werther – Das geht anders!

"Werther - Das geht anders!" lehnt den Haushaltsentwurf 2024 ab

Seit dem Beginn unserer Ratsperiode vor 3 Jahren sind die Bundesbürger, und damit auch wir in Werther, permanent mit Krisen und Kriegen konfrontiert. Krisen, ausgelöst durch Covid-19 und den russischen Überfall auf die Ukraine, aber befeuert durch eine unverantwortliche Politik der Bundesegierung, die statt Probleme mit zurückhaltender Vernunft, Diplomatie und Deeskalation zu lösen, auf Militarismus, Aufrüstung und eskalierende Waffenlieferungen setzt. Die ehemalige Friedenspartei SPD will eine Führungsrolle Deutschlands in der Welt und Friedenspolitik durch das Militär. Tausende Soldaten nach Litauen, Kampfflugzeuge nach Bulgarien, neue Atomwaffen in Europa. Warum man so geschichtsvergessen auf einen 3. Weltkrieg zutaumeln will, ist uns ein Rätsel.

Die angekündigte „Zeitenwende" oder „Doppelwumms" verschlingt natürlich enorme Summen, hunderte Milliarden. 100 Mrd. allein für das Sondervermögen Bundeswehr, ohne das Parlament zu fragen, da dessen Zustimmung bei Sondervermögen entbehrlich ist.
Der Bundesrechnungshof listet 29 Sondervermögen (in Wirklichkeit Schuldenberge) auf, alle per Regierungsbeschluss und ohne Parlamentszustimmung, wie in gewöhnlichen Autokratien. 800 Mrd. allein in den 3 Jahren von 2020-22. Aktuell weitere 212 Mrd. im Klima- und Transformationsfonds (KTF), finanziert durch die CO2-Abgabe der Verbraucher, 200 Mrd. im Wirtschaftstablisierungsfonds (WSF) zur Subventionierung der Energiemonopole.
Zu den unzähligen Milliardengeschenken für die Corona-Pharmaindustrie (Geheimdeal Pfizer – von der Layen), kommen dutzende Mrd. für Waffenlieferungen an die Ukraine zur Kriegsverlängerung, um „Russland zu ruinieren", 15 Mrd. Förderung für Intel/TSMC, 4 Mrd. für Siemens, 2 Mrd. für Thyssen Krupp, 14 Mrd. Subventionen für die Autoindustrie (Umbau zur E-Mobilität), 8,5 Mrd jährlich für reduzierte Diesel-Besteuerung, 4,4 Mrd für RWE/LEAG, dafür dass sie in Zukunft weniger unsere Luft verpesten usw usw. Die Liste liesse sich noch minutenlang fortführen. Die Sinnhaftigkeit dieser füllhornartigen Grosszügigkeit darf bezweifelt werden. Wir werden nie erfahren, wieviele Mrd. der Energieriese E.ON zur Unterstützung bei der Energiepreisbremse erhalten hat. Das Wirtschaftsministerium prüft hier auch nicht selbst, sondern Habeck hat den Prüfauftrag an PricewaterhouseCoopers (PwC) vergeben, ausgerechnet an das Beratungsunternehmen, welches auf Beratung der Energiewirtschaft spezialisiert ist. Die Interessenkollision ist anscheinend so gewollt.

Es lief also alles wie geschmiert, bis – ja bis – das Bundesverfassungsgericht dazwischengrätschte. Plötzlich läuft es nicht mehr ruckellos mit Sondervermögen, Schattenhaushalten, Nebenhaushalten etc.. Schuldenbremse, Jährigkeit, Kreditermächtigungen müssen beachtet werden. Aber unsere Verfassungsfeinde bringen schon ein Aussetzen der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse ins Spiel – wegen einer aussergewöhnlichen Notlage – die sie allerdings selbst geschaffen haben.

Dieses absurde Schauspiel der letzten 3 Jahre hat dazu geführt, dass aktuell 73 % der Bevölkerung unzufrieden mit der Regierung sind – ein Spitzenwert! Die Bundesbürger ahnen schon, dass Steuererhöhungen, weitere Umverteilung und Sozialkahlschlag die Folge sein werden.

Und welche Folgen hat das für eine Gemeinde wie Werther? Das ist einfach zu beantworten:
Wenn nur Bund und Land Gesetzgebungskompetenz haben, sie den Gemeinden Pflichtaufgaben auferlegen aber von ihren Steuereinnahmen nur das an die Gemeinden weiterreichen, was ihnen

nach den oben aufgelisteten Geschenkorgien entbehrlich erscheint, dann kann Werther strampeln wie es will: Es wird nicht reichen!

Wäre es umgekehrt nicht sinnvoller? Die Gemeinden stellten jährlich sparsame Gemeindehaushalte auf, meldeten ihre Bedarfe an Bund und Land, und diese könnten nach Befriedigung der Gemeindeumlage mit dem Geld was übrig bleibt und nach den Regeln, die die Gemeinden festgelegt haben, ihre nunmehr eigenen beschränkten Ausgaben bestreiten. Mehr Bürgernähe wäre zumindest garantiert.

Der beschriebene Systemfehler ist der **erste Grund**, warum wir den städt. Haushalt ablehnen. Es ist inakzeptabel, dass falsche **Bundes- und Landespolitik zu 3,5 Mio. EUR Verlust** im Haushalt der Stadt Werther führen. Dazu kommen noch die uns grosszügig zugebilligten 2,4 Mio EUR ausgelagerter NKF-CUIK-Schulden durch die desaströse Corona- und Ukrainepolitik. Im Jahre 2025 dürfen wir dann entscheiden, ob wir uns mit einem grossen Schritt der Haushaltssicherung nähern wollen oder zukünftige Generationen über 50 Jahre für dieses Schlamassel bezahlen lassen.

Der **zweite Grund** liegt in dem 3,5 Mio EUR teuren Greenwashing-Projekt **„Urbane Lebensader Schwarzbach"**. Hier werden 3 Mio. Bundesmittel und 0,5 Mio. städt. Geld mit minimalem ökologischen Nutzen verpulvert, der katastrophale Gewässerzustand des Namensgebers Schwarzbach kaum messbar verändert, notwendige Klimaschutzmassnahmen elegant ignoriert und das Fördergeld grösstenteils für notwendige Begleitmassnahmen zur Realisierung und Aufhübschung des Wohngebietes Blotenberg verwendet.

Wie in den Vorjahren liegt ein **dritter, fundamentaler Ablehnungsgrund** in der **Wohnbauplanung Blotenberg**. Die inhaltlichen Gründe, wie die klimaschädliche Neubaupolitik von EFH auf fruchtbarer Ackerfläche, möchte ich hier nicht noch einmal ausführen. Klar gegen das Projekt spricht weiterhin, dass die Stadt hier ohne eine Sicherheit der Vermarktbarkeit mit über 10 Mio. EUR in Vorleistung tritt. Als wäre Werther eine Insel, auf der sich Baukrise, steigende Materialkosten, Hypothekenzinsen und Inflation nicht bemerkbar machen. Um uns herum ist der gesamte Baumarkt von massiven Stornierungen betroffen, es gibt hiesige Bauträger ohne einen einzigen Auftrag. Der Ifo-Geschäftsklimaindex der Wohnungsbranche ist auf den schlechtesten Wert seit Erhebungsbeginn im Jahre 1991 gefallen. Ein EFH-Neubau mit Grundstück ist derzeit nicht unter 650.000 EUR zu haben, wobei die Wärmeversorgung des Baugebietes im übrigen noch völlig ungeklärt ist.
Natürlich kann man vor allem die Augen verschliessen und weiter versuchen, mit dem Kopf durch die Wand zu laufen. Unsere Gesundheit und die finanzielle Gesundheit der Stadt hält uns allerdings davon ab, hier mitzulaufen.
Wir halten weitere Investitionen in das Blotenberg-Projekt für verantwortungslos!

Der **vierte Grund** unserer Ablehnung liegt in der **Finanzpolitik des Wasser- und Abwasserwerks**. Der Gesamtwasserpreis pro cbm liegt inzwischen schon bei 6,74 EUR.
Wenn in den nächsten Jahren 22 km Trinkwasser-Gussleitungen ausgewechselt werden sollen, dann noch die Abwasserkanäle überraschend begleitend erneuert werden, dann verdoppeln sich die bereits extrem hohen projektierten Kosten noch einmal, wie aktuell erlebt. Wenn dies so weitergeht, wird es für die Mehrheit der Bürger kaum noch zu bezahlen sein. Diese immensen Kosten mit Leichtigkeit in den Abschreibungsmodus und damit auf unsere Kinder zu schieben, ist mit unserer Finanzverantwortung nicht zu vereinbaren.
Schliesslich – und damit komme ich zum Ende dieser Haushaltsrede - sollte jedes Ratsmitglied einmal überlegen, ob es für die Stadt vorteilhaft ist, wenn immer wieder dieselben Planungsbüros und Bauunternehmen beauftragt werden.

Aus allen oben beschriebenen Gründen lehnen wir den vorgelegten Haushaltsentwurf ab.